

Offenbarungseid im Bundeshaus

Erstmals räumen Bundesrat und Ständerat ein, dass die Energiestrategie 2050 eine Schönwetterkonstruktion ist und in der Praxis nicht funktioniert.

Von Hubert Mooser

Als der Walliser Ständerat Beat Rieder (CVP) vor einigen Wochen in der Lokalzeitung *Walliser Bote* vor Strom-Blackouts warnte und kritische Überlegungen zur Versorgungssicherheit anstellte, deckte ihn die Oberwalliser SP in einem Leserbrief sogleich mit Spott und Häme ein. Dabei hat Rieder ein Thema aufgegriffen, das in Bundesbern heiss diskutiert wird: die künftige Sicherstellung der Versorgung mit elektrischer Energie. Der Ständerat hat in der verflochtenen Junisession des Parlamentes eine von Rieder mitinitiierte sogenannte Kommissionsmotion der Energiekommission (Urek-S) angenommen, die die Versorgungssicherheit beim Strom in Frage stellt und den Bundesrat jetzt zu Massnahmen verpflichtet. Zuvor hatte schon der Bundesrat diesem brisanten Vorstoss überraschend zugestimmt.

Es geht um die Umsetzung der vom Volk im Mai 2017 beschlossenen Energiestrategie 2050. Tatsächlich kommt die Annahme dieser Motion ohne Wenn und Aber durch Bundesrat und Ständerat einem Eingeständnis gleich, dass die Energiestrategie in der Praxis nicht funktioniert. So kann man in der Urek-Kommissionsmotion mit dem etwas sperrigen Titel «Langfristige Stromversorgungssicherheit – Sicherstellung und Klärung der Verantwortlichkeiten» nachlesen, dass aufgrund des schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie die Schweiz verstärkt auf Stromimporte angewiesen sei. Die Exportfähigkeit der Nachbarländer sei jedoch nicht mehr jederzeit gewährleistet, da in diesen Ländern ein massiver Abbau von gesicherter Kapazität aus Kohle- und Kernenergie absehbar sei.

Mit anderen Worten: Anders als es die teils wolkigen Worte der früheren Energieministerin Doris Leuthard (CVP) während der Abstimmungskampagne zur Energiestrategie 2050 vermuten liessen, könnte die Schweiz beim Strom schon bald mit Versorgungsengpässen konfrontiert sein. «Wir stehen vor einem ernsthaften Problem», sagt Rieder. «Schon heute ist absehbar, dass die in der Energiestrategie festgelegten Richtwerte für Windenergie und Geothermie nicht erreicht werden und die Verfügbarkeit der bestehenden Wasserkraft sowie der Zubau von Kapazitäten nicht sichergestellt sind.»

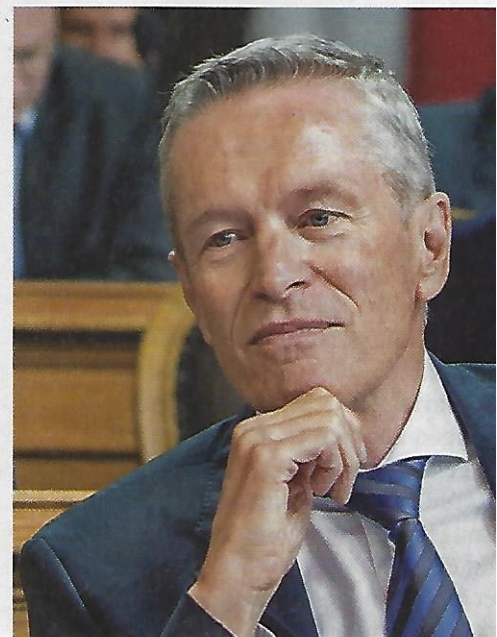
Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom), die vom Bundesrat auch mit der Überwachung der Versorgungssicherheit beauftragt ist, warnt schon seit zwei Jahren



Eine Frage der Netze: Energieministerin Sommaruga.



«Ernsthaftes Problem»: CVP-Ständerat Rieder.



«Unternehmen zögern»: BDP-Ständerat Luginbühl.